

Nr. 21/426

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zugang zu öffentlich geförderten Wohnungen: Entsprechen die Einkommensgrenzen noch den heutigen Realitäten?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke
vom 20. Juni 2024
(Drucksache [21/641](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. Juli 2024
(Drucksache [21/674](#))
2. Öffentliches Bauen beschleunigen: Zustimmungsverfahren anwenden!
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke
vom 30. Oktober 2024
(Drucksache [21/826](#))
3. Lebenssituation von älteren Menschen mit Migrationsgeschichte im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 5. November 2024
(Drucksache [21/838](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2024
(Drucksache [21/920](#))
4. Bremen wächst: Die Umsatzsteuer als neue Chance
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 20. Dezember 2024
(Drucksache [21/932](#))

5. Novellierung der Landesbauordnung – einfacher, günstiger und ökologischer (Um-)Bauen
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und der SPD
vom 23. Januar 2025
(Drucksache [21/978](#))
6. Landwirtschaft, Klima- und Artenschutz zusammen denken:
Moorschutzprogramm für das Land Bremen!
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 30. Januar 2025
(Drucksache [21/982](#))
7. Zugangskriterien für öffentlich geförderte Wohnungen auf die Höhe der Zeit bringen
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke
vom 5. Februar 2025
(Drucksache [21/995](#))

Nr. 21/427

Sammelübersicht der Vorlagen ohne Aussprache vom 25. Februar 2025

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Sammelübersicht wie folgt zu:

1. Nachteile im Mutterschutz für selbstständige Unternehmerinnen, Handwerkerinnen und Gründerinnen abbauen
Bericht und Änderungsantrag der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen
vom 6. Januar 2025
(Drucksache [21/933](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene einzusetzen für
 - a) die Einführung eines erweiterten Mutterschafts- beziehungsweise Krankentagegeldes für freiwillig versicherte, selbständig tätige Frauen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für Zeiten eines ärztlichen Beschäftigungsverbots außerhalb der Mutterschutzfristen; versicherungsfremde Leistungen sind dabei aus Steuermitteln (erhöhter Bundeszuschuss an die GKV) zu finanzieren;

- b) die Ermöglichung einer erweiterten Krankentagegeldversicherung für Zeiten eines ärztlichen Beschäftigungsverbots außerhalb der Mutterschutzfristen für privat krankenversicherte, selbständig tätige Frauen sowie die Erweiterung des Leistungsumfangs von privaten Betriebsausfallversicherungen auf die Ausfallgründe Schwangerschaft und Mutterschaft; das Versicherungsvertragsgesetz muss hierfür entsprechend geändert werden;
 - c) die Prüfung einer umlagefinanzierten Mutterschaftsleistung für selbstständig erwerbstätige Frauen während der gesetzlichen Schutzfristen, wobei die Umlage von allen selbstständig Erwerbstätigen zu zahlen wäre;
 - d) die Prüfung einer Ausdehnung des bestehenden Systems der Betriebshelferinnen und -helfer in der Landwirtschaft auf andere Wirtschaftsbereiche;
 - e) Änderungen beim Elterngeld, indem bei Zahlungseingängen während des Elterngeldbezuges auf den Zeitpunkt der erbrachten Leistungen abgestellt und bei der Bestimmung des Bemessungszeitraumes im Rahmen der Antragsstellung ein Wahlrecht zwischen dem Einkommen in den letzten zwölf Monaten vor der Geburt und dem letzten steuerlichen Veranlagungszeitraum eingeführt wird;
 - f) die Sicherstellung flächendeckender, transparenter Beratungsangebote für Gründerinnen und Selbstständige in Sachen Mutterschutz und Elterngeld bei darauf spezialisierten Anlaufstellen.
2. die Bremer Aufbaubank mit einem Kreditförderprogramm für selbstständig tätige Frauen in Kleinbetrieben im Land Bremen zu beauftragen, um – nach Vorlage eines Businessplans – eine Beteiligung an weiteren betriebsnotwendigen Kosten, wie zum Beispiel Mietkosten, Soft- und Hardwarekosten, in der Mutterschutzzeit zu ermöglichen;
 3. der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration, der staatlichen Deputation für Arbeit sowie der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung und danach halbjährlich über die eingeleiteten Aktivitäten, ergriffenen Maßnahmen und erzielten Erfolge zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen Kenntnis.

2. Nachteile im Mutterschutz für selbstständige Unternehmerinnen, Handwerkerinnen und Gründerinnen abbauen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Oktober 2024
(Drucksache [21/820](#))

Die Drucksache [21/820](#) ist durch die Annahme des Änderungsantrags mit der Drucksachen-Nummer [21/933](#) erledigt.
3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines „sonstigen Sondervermögens Fischereihafen“
Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2024
(Drucksache [21/884](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
4. Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2024
(Drucksache [21/908](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
5. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Bremen
Mitteilung des Senat vom 28. Januar 2025
(Drucksache [21/979](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
6. Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft über den Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c Absatz 1, Absatz 2 GG – NOOTS-Staatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2025
(Drucksache [21/1000](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
7. Anpassung der Kostenerstattung für die Bewirtschaftung von Grünland in Bremer Natura2000 Landschafts- und Naturschutzgebieten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Februar 2025
(Drucksache [21/1005](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur abschließenden Behandlung an die staatliche Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft.

8. Petitionsbericht Nr. 16

Bericht und Antrag des staatlichen Ausschusses für Petitionen vom 17. Februar 2025
(Drucksache [21/1013](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 21/428

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD, Klaus-Rainer Rupp, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke sowie Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Nach vorne schauen: Neue Bundesregierung bei Kommunal финанzen in die Pflicht nehmen“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU:

„Senat Bovenschulte hält sich nicht an Gesetze und gefährdet Klimafahrplan“

Nr. 21/429

@ucation: Wie verändert KI unser Bildungssystem?

Große Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke

vom 4. November 2024

(Drucksache [21/828](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2024

(Drucksache [21/919](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/430

Gesetz zur Novellierung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2025

(Drucksache [21/1025](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke

vom 25. Februar 2025

(Drucksache [21/1043](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und
Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 21/431

Gleichstellung aller Hilfeleistungsorganisationen mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem Katastrophenschutz

Antrag der Fraktion der CDU

vom 2. Juli 2024

(Neufassung der Drucksache [21/635](#) vom 19. Juni 2024)

(Drucksache [21/652](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und
Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 21/432

Schluss mit Gendersprache im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion der FDP

vom 22. Juli 2024

(Drucksache [21/659](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/433

Berufliche Qualifizierung stärken – Ausbau statt Kürzung des Meisterbonus

Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 30. Januar 2025
(Drucksache [21/984](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/434

Kein Rückschritt bei der Aufstiegsfortbildungs-Prämie – Fachkräftesicherung statt Kürzung!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 31. Januar 2025
(Drucksache [21/986](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/435

Fachkräftenachwuchs sichern – Anreize für Weiterbildungen schaffen – Bremische Aufstiegsfortbildungsprämie in ihrer bisherigen Höhe erhalten und absichern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Februar 2025
(Drucksache [21/1015](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/436

Lipödem-Betroffene unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke
vom 5. Februar 2025
(Drucksache [21/992](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 24. Februar 2025
(Drucksache [21/1037](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. geschlechtergerechte Gesundheit verstärkt auf die Agenda der Gesundheitsminister:innenkonferenz zu setzen und mit den beteiligten Akteur:innen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung von Aufklärung, Versorgung und Forschung zu vereinbaren;
2. zu prüfen, welche Folgestudien über die LIPLEG-Studie hinaus sinnvoll für die weitere Erforschung des Krankheitsbildes Lipödem sind und welche Fördermöglichkeiten dafür bestehen oder zu schaffen sind;
3. zu prüfen, inwieweit im Rahmen der Landesgesundheitsberichterstattung die Gesundheits- und Versorgungslage von Lipödem-Betroffenen im Land Bremen erfasst werden können;
4. gemeinsam mit der Ärztekammer Bremen zu prüfen, inwieweit das Thema Lipödem – entsprechend dem aktuellen Stand der Forschung – derzeit in der Fort- und Weiterbildung für Ärzt:innen sowie in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von weiterem medizinischem Fachpersonal angeboten wird und diese Angebote gegebenenfalls (weiter) zu entwickeln;
5. der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über die Umsetzung zu berichten.

Nr. 21/437

Stark mobilitätseingeschränkten Bremern und Bremerinnen mit dem gelben Parkausweis mehr Teilhabe ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 25. Februar 2025

(Neufassung der Drucksache [21/683](#) vom 6. August 2024)

(Drucksache [21/1051](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/438

Blaue und orange Parkausweise für mobilitätseingeschränkte Menschen auf Bundesebene reformieren – bundeseinheitliche Lösungen für mehr Teilhabe im Alltag

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke

vom 25. Februar 2025

(Drucksache [21/1039](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die EU-Richtlinie 2024/2841 zügig in nationale Rechtsvorschriften umgesetzt wird;
2. sich auf Bundesebene im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie 2024/2841 für eine Reform des blauen und orangenen Parkausweises einzusetzen mit dem Ziel, bundeseinheitliche Teilhabebedingungen für mobilitätseingeschränkte Menschen zu schaffen;
3. in der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie in der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration über den Fortschritt der Diskussion auf Bundesebene zu berichten.

Nr. 21/439

Bremer Grundschulen: zukunftsgerichtet und digital auch ohne private Handynutzung

Antrag der Fraktion der CDU

vom 6. August 2024

(Drucksache [21/684](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/440

Justizneutralitätsgesetz

Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2024

(Drucksache [21/951](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 21/441

Justizneutralitätsgesetz

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses

vom 21. Februar 2025

(Drucksache [21/1035](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 21/442

Fragestunde

1. Hat der Senat Bovenschulte bei der Prüfung von Verwendungsnachweisen im Bereich Kinder und Bildung gänzlich den Überblick verloren?

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwieser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 16. Januar 2025
2. Wie viele neue Mobiltelefone für die Polizei?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 16. Januar 2025
3. Ist die Ausstattung der KTU mit einer funktionalen raumlufthechnischen Anlage geplant?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 16. Januar 2025
4. Funktionieren die digitalen Kündigungsbuttons für Online-Verträge?

Anfrage der Abgeordneten Medine Yildiz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. Januar 2025
5. Umgang mit inhaftierten Vätern

Anfrage der Abgeordneten Dr. Hubertus Hess-Grunewald, Katharina Kähler, Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. Januar 2025
6. Einsatz von smarten Rauchmeldern in Wohnungen

Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Falk Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. Januar 2025
7. Bauen beschleunigen, Verwaltung entlasten, Genehmigungsverfahren vereinfachen

Anfrage der Abgeordneten Senihad Šator, Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 16. Januar 2025

8. Gegen Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit: Was ist vom Nationalen Aktionsplan zu erwarten?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Emanuel Herold, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16. Januar 2025

9. Ausbreitung von Nitazenen und Gegenmaßnahmen

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16. Januar 2025

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Die Ausbildungsabgabe ist da – wie läuft sie an?

Anfrage der Abgeordneten Gökhan Akkamis, Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 16. Januar 2025

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

11. Wie groß ist aktuell die Aktenhalde der Polizei?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 16. Januar 2025

Dieser Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

12. Ukrainische Lehrer im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 16. Januar 2025

13. Wie geht es nach dem Polizeikostenurteil weiter?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2025

14. Kann oder will Innensenator Mäurer keine aktuellen Zahlen zum Kirchenasyl liefern?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU 21. Januar 2025

15. Empirische Grundlage oder anekdotische Evidenz? Evaluation der sozialen Teilhabe durch die FreiKarte

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 22. Januar 2025
16. Wie fördert der Senat Bovenschulte das soziale und emotionale Wohlbefinden der Bremer Schülerinnen und Schüler?

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwesser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 23. Januar 2025
17. „Stark im Sozialraum“, schwach bei der Transparenz? – offene Fragen zu fehlenden Verwendungsnachweisen

Anfrage der Abgeordneten Hetav Tek, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 23. Januar 2025
18. Wirksame Prüfmechanismen, um künftig keine Verfassungsfeinde mehr zu finanzieren?

Anfrage der Abgeordneten Hetav Tek, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 23. Januar 2025
19. „Ausbildungsrekord“ des Bremer Senats auch für junge schwerbehinderte Menschen?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 23. Januar 2025
20. Auskunftersuchen nach § 16 Bremisches Verfassungsschutzgesetz (VerfSchG)

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 27. Januar 2025
21. Soll der „Demokratietag“ ein „Anti-AfD-Tag“ sein?

Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 28. Januar 2025
22. Wie will der Senat künftig mit ausreisepflichtigen Personen in der Kirche umgehen?

Anfrage des Abgeordneten Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 29. Januar 2025

23. Ausbildung und Einsatz von Assistenzhunden in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 31. Januar 2025
24. Praxis der „Haushaltssperre“
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 7. Februar 2025
25. Auswirkung der Erhöhung des Landesmindestlohns auf Sportvereine
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 10. Februar 2025
26. Drogentote in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Sina Dertwinkel, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2025
27. Kirchenasyl in Bremen auch für Personen aus anderen Bundesländern?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2025
28. Wie unterstützt der Senat Bovenschulte den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur für Unternehmen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2025
29. Verlust der doppelten Staatsangehörigkeit bei Straftätern
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2025
30. Gibt es genügend Abschiebehaftplätze im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2025
31. Wen schiebt der Senat Bovenschulte eigentlich ab?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Februar 2025

32. Licht aus am Hillmannplatz, um welchen Preis?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 13. Februar 2025

33. Minderjähriger Intensivtäter - Stand der Dinge (1)

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 17. Februar 2025

34. Minderjähriger Intensivtäter - Stand der Dinge (2)

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 17. Februar 2025

35. Erreichbarkeit der Ausländerbehörden

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 17. Februar 2025

36. Welchen Sachstand gibt es bei der Auslastung und Nutzung des Forschungsdepots des Deutschen Schifffahrtsmuseums (DSM) in Bremerhaven?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Gökhan Akkamis, Thore Schäck und Fraktion der FDP

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/443

Längst überfällig – Antrag zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes zur Entlastung der Polizeiarbeit im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 23. Januar 2025

(Drucksache [21/977](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 21/444

Mehr Deutschunterricht an Bremer Schulen für mehr Sprachfertigkeit!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 6. August 2024

(Drucksache [21/685](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 25. Februar 2025

(Drucksache [21/1038](#))

und

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland

vom 25. Februar 2025

(Drucksache [21/1050](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag und die Änderungsanträge zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

Nr. 21/445

Bremen braucht weder eine verschärfte Kappungsgrenze noch eine Mietpreisbremse, Bremen braucht Wohnraum!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 14. August 2024

(Drucksache [21/702](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/446

Starke Regionen für ein starkes Europa

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke

vom 5. Februar 2025

(Drucksache [21/993](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf nationaler und europäischer Ebene dafür einzusetzen, das Prinzip der geteilten Mittelverwaltung zwischen der EU und den Regionen in den Mitgliedstaaten beizubehalten und sich gegen Pläne einzusetzen, die im mehrjährigen EU-Finanzrahmen von 2028 bis 2034 eine Zusammenlegung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der

Regional- und Sozialfonds, auch bekannt als Kohäsionspolitik, vorsehen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine auskömmliche Ausstattung und Weiterentwicklung der Kohäsionspolitik einzusetzen, mit dem Ziel, diese zu vereinfachen, effektiver zu gestalten und an neue Herausforderungen anzupassen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:
 - a) Sicherung der Mitsprache der Länder und der Regionen und Erhöhung der Effizienz: Die Kohäsionspolitik sollte stärker auf spezifische Transformationsbedarfe der Regionen fokussiert werden, um Mittel gezielt einzusetzen;
 - b) Auskömmliche Mittelausstattung der Programme;
 - c) Förderung von Synergien: Eine bessere Abstimmung mit anderen EU-Programmen zur Innovationsförderung, Energiewende und Digitalisierung ist notwendig, um neue Ungleichheiten zwischen den Ländern und Regionen zu verhindern;
 - d) Bessere Evaluierung: Finanzierungsentscheidungen sollten evidenzbasiert getroffen werden, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu erhöhen.

Nr. 21/447

Grundrechte sind nicht verhandelbar – Meinungsfreiheit schützen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2025
(Drucksache [21/1029](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/448

Betriebliche Kinderbetreuung – Chance für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 21. August 2024
(Drucksache [21/714](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/449

Versprochen – gebrochen: Ausbau der Videoaufklärung an Haltestellen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 21. August 2024

(Drucksache [21/716](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/450

Mehr Sicherheit für unseren ÖPNV

Antrag der Fraktion der FDP

vom 7. November 2024

(Drucksache [21/843](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/451

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verbesserungen für Gründer – Bürokratie abbauen, Unternehmertum stärken

Antrag der Fraktion der FDP

vom 2. September 2024

(Drucksache [21/731](#))

2. Kinderehen in Bremen – Weichen stellen für den Schutz der Opfer!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 3. September 2024

(Drucksache [21/734](#))

3. Energiecontrolling bei öffentlichen Gebäuden im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 20. August 2024

(Drucksache [21/710](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024

(Drucksache [21/791](#))

4. Kurze Zündschnur: Wie stark ist medizinisches Personal in Bremen von Aggression und Gewalt betroffen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. September 2024
(Drucksache [21/730](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024
(Drucksache [21/792](#))
5. Cyberkriminalität und Wirtschaftsspionage: Wie reagiert der Senat Bovenschulte auf die anhaltende Bedrohungslage im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. September 2024
(Drucksache [21/735](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 12. November 2024
(Drucksache [21/852](#))
6. Bremens Mittelstand im Blick: Wie kann der Senat die Unternehmensnachfolge unterstützen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. September 2024
(Drucksache [21/741](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024
(Drucksache [21/793](#))
7. Seniorengerechtes Wohnen und Senioren-Wohngemeinschaften im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. September 2024
(Drucksache [21/759](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2024
(Drucksache [21/816](#))
8. Prostatakrebsfrüherkennung wirksam weiterentwickeln und Bremer Modellprojekt etablieren
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2024
(Drucksache [21/807](#))

9. Ärztemangel: Bremen muss Attraktivität und Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2024
(Drucksache [21/808](#))
10. Verbesserung der Sprachdiagnostik und -förderung in unseren Kitas vorantreiben!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2024
(Drucksache [21/809](#))
11. Weichen stellen für die Öffnung des Lehramtsreferendariats – Ausbildung auch in einem Fach ermöglichen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 24. Oktober 2024
(Drucksache [21/811](#))
12. Handwerk von Bürokratie entlasten
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 25. Oktober 2024
(Drucksache [21/812](#))
13. Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für alle
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und der SPD
vom 25. Februar 2025
(Neufassung der Drucksache [21/813](#) vom 25. Oktober 2024)
(Drucksache [21/1045](#))
14. Für ein praxisgerechtes Update der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. Dezember 2024
(Drucksache [21/894](#))
15. Budget-Planung 2025 zum Ausbildungsunterstützungsfonds
Mitteilung des Senat vom 26. November 2024
(Drucksache [21/873](#))

16. Welche Maßnahmen ergreift der Senat Bovenschulte anlässlich der Zunahme von Gewalt gegenüber der Polizei im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 12. November 2024
(Drucksache [21/848](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2024
(Drucksache [21/921](#))
17. Entwicklung der Altersarmut in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen Die Linke, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 28. November 2024
(Drucksache [21/879](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 4. Februar 2025
(Drucksache [21/988](#))
18. Cybermobbing bekämpfen – Prävention stärken und Täter zur Verantwortung ziehen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Dezember 2024
(Drucksache [21/882](#))
19. Berufliche Qualifizierung für alle: Teilzeitausbildung (TZBA) sichtbar und möglich machen!
Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Die Linke
vom 17. Dezember 2024
(Drucksache [21/918](#))
20. Mehr Respekt für Feuerwehr und Rettungskräfte
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Dezember 2024
(Drucksache [21/926](#))
21. Wohn- und Betreuungsaufsicht im Land Bremen endlich zum Wohle der pflegebedürftigen Menschen gesetzeskonform umsetzen –
Regelprüfungen in allen Einrichtungen jetzt!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Dezember 2024
(Drucksache [21/931](#))

22. Planungschao bei der GeNo stoppen!
Neustart für eine gelingende Krankenhausplanung im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Januar 2025
(Drucksache [21/946](#))
23. Zur Entlastung der Bremer Polizei: Kriminalassistenten einstellen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2025
(Drucksache [21/968](#))
24. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung
einer Tourismusabgabe („Citytax“) – Änderung der
Steuerschuldnerschaft –
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Januar 2025
(Drucksache [21/975](#))
25. Frauenprojekte im Land Bremen auf dem Prüfstand – Für eine Strategie
der Integration und mehr Partizipation von Frauen in Gesellschaft und
Arbeit
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Januar 2025
(Drucksache [21/983](#))
26. Für eine gesunde Zukunft: Gesundheitsförderung und Prävention vom
frühen Kindesalter an stärken und ausbauen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. Februar 2025
(Drucksache [21/994](#))
27. Gesetz zur Neufassung des Bremischen Gesetzes über das Halten von
Hunden
Mitteilung des Senats vom 11. Februar 2025
(Drucksache [21/999](#))
28. Sechster Staatsvertrag zur Änderung medienrechtliche Staatsverträge
(6. Medienänderungsstaatsvertrag)
Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2025
(Drucksache [21/1022](#))
29. Staatsvertrag zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2025
(Drucksache [21/1023](#))

30. Staatsvertrag zur Reform des Verfahrens zur Festsetzung des
Rundfunkbeitrags
Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2025
(Drucksache [21/1024](#))